

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/178

18. September 1975

Doch kein Comeback Barzels I

Der Ex-Unionstar geht mit den Fakten noch immer eigenartig um

Von Heinz Repp MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages
Seite 1 bis 4 / 153 Zeilen

Im Daten nichts Neues ?

Agressive Töne nach sechs Wochen KSZE-Praxis

Von Paul Neumann MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Politik an der Haustür

Fazit der "Ferien-Beschäftigung" eines Parlamentariers

Von Egon Lutz MdB
Mitglied der bayerischen Landesgruppe der SPD-Bundes-
tagsfraktion
Seite 7 und 8 / 73 Zeilen

Chf. Redaktion: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 18, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 05 80 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Doch kein Comeback Barzels I

Der Ex-Unionstar geht mit den Fakten noch immer eigenartig um

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Es hat wohl keine zweite Rede gegeben, in der mit soviel Brillanz und Raffinesse Wahres mit Unwahren, Halwahren und Halbfalschem zusammen gemixt wurde, wie in der, die der CDU-Abg. Dr. Rainer Barzel am 17. September im Bundestag gehalten hat. Einige der handgreiflichsten Unrichtigkeiten hat der SPD-Abg. Dr. Herbert Ehrenberg postwendend herausgepickt; gleichwohl wird an der Barzelschen Rede noch mancher seine Gabe der Unterscheidung zu erproben haben. An zwei Beispielen soll fürs erste mal die Argumentationsstruktur Barzels verdeutlicht werden: An eine richtige und brisante Feststellung anknüpfend, pflegt er diese Wahrheit so in eine Gesellschaft von Halbwahrheiten hineinzuziehen, daß am Ende selbst die Wahrheit um ihren guten Ruf kommen könnte.

Das erste Beispiel betrifft den Umgang mit der Formel des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, fünf vH Preissteigerung seien weniger unangenehm als fünf vH Arbeitslosigkeit. Auch andere Oppositionssprecher haben in der Bundestags-Debatte versucht, sich wirtschaftspolitische Reputation dadurch zu verschaffen, daß sie sich über diese "Formel" mokierten, über deren Logik und sachlichen Gehalt sie sich, da könnte man eine Wette eingehen, gewiß noch nie Gedanken gemacht haben. Im Grunde ist in dieser "Formel" auf den kürzesten und gewiß auch einfachsten Nenner gebracht, was als Phillips-Kurve und Phillipkurven-Theorem seit Jahren im Mittelpunkt nicht nur des theoretischen Interesses steht. Dabei hat alles einmal als schlichter empirischer Befund angefangen. Über lange Jahre hinweg geführte Zahlenreihen zeigten, daß für jede Volkswirtschaft (reziprok) einer bestimmten Geldentwertungsrates eine bestimmte Arbeitslosenquote zugeordnet werden konnte - im graphischen und mathematischen Ausdruck kam die berühmte Phillips-Kurve heraus. Versuche, diese Befunde theoretisch einzufangen, förderten bekannte Keynesianismen zutage.

Dr. Barzel hat der Bundesregierung anklagend vorgehalten, daß in England die Arbeitslosenquote etwas niedriger ist als bei uns - tatsächlich um 0,7-Punkte niedriger; er hat jedoch absichtsvoll vergessen, hinzuzufügen, daß die dortige Preissteigerungsrate mehr als viermal so hoch ist wie die unsere, d.h. um die 26 vH liegt. Immerhin scheint dieses Beispiel zu zeigen, daß ja in der Tat unter bestimmten Bedingungen Arbeitslosigkeit durch Preissteigerung substituiert werden kann und umgekehrt - genauer: Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Nachfragestimulierung bekämpft werden kann, die zu Preissteigerungen führt. Und da stellt sich dann eben die Frage, ob jemandem 0,7 vH weniger Arbeitslose das Vierfache an Preissteigerungen wert sind. Der Kern der "Schmidt-Formel" ist, wie das Beispiel zeigt, in wirtschaftspolitischer Würdigung der Phillips-Kurve der, daß unter bestimmten

Bedingungen des Ungeheuer "Preissteigerung" geneigt sein könnte, das Ungeheuer "Arbeitslosigkeit" aufzufressen; der andere Teil dieser Einsicht weist allerdings auf, daß unter anderen Bedingungen die beiden Ungeheuer sich zusammensetzen und - als Stagflation - die Wirtschaft gemeinsam anfallen.

Als Helmut Schmidt die "fünf vH - fünf vH-Formel" prägte, hat die Phillips-Kurve der Substitution von Arbeitslosigkeit durch Preissteigerung für die Bundesrepublik Deutschland ein zwar begrenztes und bedingtes, aber doch reales Stück politischer Wahlmöglichkeit beschrieben - so wie die Phillips-Kurve offenbar auch heute für die englische Volkswirtschaft noch dazu taugt, in allerdings noch engeren Grenzen ein schlimmes Stück Wirklichkeit zu beschreiben. Unser Stabilitäts- und Wachstumsgesetz deckt alle möglichen Kombinationen ab, Verträglichkeit von Geldwert- und Arbeitsplatzstabilität ebenso wie ihre Unverträglichkeit und gleichfalls auch den Zielkonflikt. Die Kommentatoren jedenfalls scheinen den Zielkonflikt für den Regelfall gehalten zu haben, wie dieses ganze Denken in "magischen" Vielecken beweist. Zur Zeit, als das Stabilitätsgesetz gemacht wurde, gab's auch gar keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß es auf unserer Phillips-Kurve ein wie immer bestimmtes Ersatzungsverhältnis, beispielsweise fünf vH Preissteigerung zur Vermeidung einer ebenso hohen Arbeitslosenquote, geben müsse.

Nun kennzeichnet es, wer wollte es leugnen, insgesamt die westliche Welt, daß seit einiger Zeit die Phillips-Kurven nicht mehr stimmen. Aus dem gegenseitigen Sich-Auffressen ist weithin ein Prozeß des gegenseitigen Sich-Hochschaukelns der beiden Instabilitäten geworden. Ich wüßte nicht, was für unsere Wirtschaftspolitik nötiger wäre als die seriöse Befassung mit der Frage, welcher Wandel im Bedingungsrahmen sich da vollzogen hat; leider aber ist diese ganze einfältig-polemische Art, in der gerade die Spitzenleute der Opposition sich auf diese Probleme einlassen, nur dazu angetan, die Zugänge zu Einsichten zu verschütten, die wir da alle vonnöten hätten. Sicher ist, daß die Substitutionskurve weder unter den Bedingungen eines extremen Nachfragezuges noch unter denen eines extremen Kostendrucks stimmt - zumal denn nicht stimmt, wenn das Ventil der Außenwirtschaft versagt und nicht für den nötigen Druckausgleich sorgt.

Wenn die deutsche Rezession von 1966/67 sich über das Ventil der Außenwirtschaft fast von selbst erledigte, so deshalb, weil damals der Rest der Welt dem Boom entgegenstrebt. Es ist eben auch eine der vielbeschworenen Säuren der letzten Jahre, daß sich die Weltkonjunktur immer gleichschrittiger bewegen. Wenn weltweit Unterbeschäftigung herrscht, wird von draußen schwerlich die zusätzliche Nachfrage kommen, die die inländische Nachfrage-Lücke schließen könnte. Und die eigene Nachfrageschwäche erzeugt so wieder Nachfrageschwäche draußen. Hier, im Exportmenko von 40 Milliarden DM, liegen denn auch unsere Probleme. Die gegenwärtige Weltrezession muß zwar gleichschrittig überwunden werden; zu wünschen aber wäre, daß die Boom-Gipfel nicht von allen gleichzeitig erreicht werden - eben weil sonst die Ventile versagen. Auch mit den Erwartungshaltungen hat es zu tun, wenn Phillips-Kurve und "Schmidt-Formel" heute nicht mehr stimmen. Da aber eine Welt mit Zielkonflikten zwischen Geldwert- und Arbeitsplatzstabilität schöner ist als eine Welt mit kombinierter Preissteigerung und Unterbeschäftigung, käme es darauf an, die Bedingungen wieder herzustellen, unter denen, sehr verkürzt gesagt,

die "Schmidt-Formel" wieder stimmte.

Auf dem Wege dahin könnten wir eine lange Phase durchmessen, in der die Beschäftigung zunehmen könnte, ohne daß die Preise steigen müßten. Gewiß darf das denn nicht wieder zu jener "Speisekarten-Mentalität" führen, aus der heraus manche früher meinten, von der Phillips-Kurve ließe sich wie von einer Skala ablesen, welchen Preis an Geldwertverlusten man für welche Steigerung der Beschäftigung zu zahlen habe - da haben in der Tat manche die Verletzlichkeit des Bedingungsrahmens übersehen. Was aber ist andererseits von einem Mann zu halten, der seine Gegner wegen einer um 0,7 vH höheren Arbeitslosigkeit attackiert und dabei verschweigen muß, manipulieren muß, daß das Land mit der niedrigeren Quote dafür mit einer viermal so hohen Preiserhöhung zu bezahlen hat? Und dieser Mann reklamiert dann noch das Monopol auf Redlichkeit für sich! Daß er über die theoretischen Grundlagen etwa des Stabilitätsgesetzes und des Phillips-Theorems nie reflektiert zu haben scheint, mag ihm darüber nachgesehen werden.

Das zweite Beispiel: Wahr ist, daß - ausweislich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die dazu nur statistische Begriffe und nicht qualitativ bestimmte Begriffe beisteht - die Investitionsquote gesunken und zu niedrig ist. Dr. Barzel hat dazu einiges Richtige gesagt - und soviel Richtiges nicht gesagt, daß man die an sich richtig festgestellte Tatsache am Ende kaum noch wieder erkennt.

- Hat er z.B. gesagt, daß eine Volkswirtschaft, die in wichtigen Bereichen Sättigungserscheinungen erkennen läßt, zwangsläufig eine andere Verwendungsstruktur des Sozialprodukts haben muß als eine Volkswirtschaft mit allseits unbegrenzt aufnahmefähigen Märkten?

- Hat er gesagt, daß es in den letzten Jahren keine die Volkswirtschaft prägenden, die Verwendungsrechnung spürbar beeinflussenden technischen Innovationen gegeben hat?

- Hat er erwähnt, daß das Problem, vor dem wir stehen, die Anpassung unserer Volkswirtschaft an den weltwirtschaftlichen Strukturwandel ist, an eine sich tiefgreifend verändernde internationale Arbeitsteilung? Er hat es deshalb nicht gesagt, weil er daraus hätte ableiten müssen, was dies für die Investitionstätigkeit bedeuten muß. Oder weiß Dr. Barzel mit hinreichender Genauigkeit, welches in zehn, in fünf Jahren unsere Aufgabengebiete

in der dann neuformierten weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sein werden?

- Hat er gesagt, daß die Mitte 1973 eingetretene Überforderung unserer Volkswirtschaft eindeutig bei den Investitionen und insbesondere bei den Bauinvestitionen zu orten war, weshalb - ganz im Sinne der der "Schmidt-Formel" zugrunde liegenden Philosophie des Zielkonfliktes - auf sie zugegriffen werden mußte?

- Hat er erklärt, wie das kam, daß der Realtransfer aus der Ölpreissteigerung und dem Umschlag der Terms of Trade in der Tat zu Lasten der Investitionen und nicht des Verbrauchs gegangen ist? Er hat es wohl deshalb nicht erklärt, weil es selbst seinen Künsten nicht gelungen wäre, glaubhaft zu machen, daß dazu die Regierungspolitik beigetragen habe.

- Was die Verteilungsrechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anbelangt: Hat er, Dr. Barzel, da darauf hingewiesen, wie stark die Zahlen durch die Zunahme der Zahl der Abhängig-Beschäftigten beeinflusst sind, wohinter sich wieder ein reales Problem, die Konzentration unserer Wirtschaft, aber auch ein rein statistisches Problem, die Umwandlung von Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften verbirgt.

Nein, der CDU-Politiker Dr. Barzel hat das alles in seiner langen Rede nicht gesagt. Und vieles von dem, was er sagte, hat er nur zur Hälfte gesagt. Mosaiksteinchen können eine doppelte Plausibilität und Attraktivität haben: Jedes einzelne kann für sich glitzern und brillieren; ob es sich in ein plausibles Gesamtbild einfügt, ist eine ganz andere Frage. Daraus läßt sich eine Taktik ableiten, die Dr. Barzel in hohem Maße beherrscht. Das 1973 entstandene neue Barzel-Gefühl - es ist am 17. September im Bundestag nicht wieder aufgekommen. Schade. Nach Lage der Dinge empfindet mancher Genugtuung darob, daß es genau diese Art des Argumentierens war, die die Mehrheit unseres Volkes damals, als Barzel seine Zeit hatte, entscheiden ließ: Den nicht! Und was die Opposition anbelangt, so genügt es nicht, mit Pathos von ihren Aufgaben zu reden. Man muß nicht nur wollen wollen, man muß auch können können. (-/18.9.1975/ks/pr/ee)

+ + +

Im Osten nichts Neues?

Aggressive Töne nach sechs Wochen KSZE-Praxis

Von Paul Neumann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn man Tag für Tag die üstlichen Medienprodukte verfolgt, könnte man meinen, daß die Helsinki-Schlußakte der KSZE von einigen Kommunisten noch gar nicht gelesen worden ist. So findet die "Prawda", daß die derzeitigen Manöver in der Bundesrepublik Deutschland "dem Geist der KSZE-Schlußakte von Helsinki widersprechen". Das kann aber wohl doch nicht so sein, denn z. B. in der DDR üben die Soldaten auch ganz kräftig bei den Manövern "Lawine 75" und "Wasserfall", nur sind es dort sinnigerweise nie 25.000 Mann, weil man dies sonst ja dem Westen melden müßte. Dieser aber läßt nun gar schon Manöverbeobachter ein: Was ist das für ein "böser Geist"!

Auch ansonsten erfährt man in den Ostblockländern nichts Gutes über die westliche Militärpolitik. Sie sei "erschreckend" und "anachronistisch", und "Radio Frieden und Fortschritt" tönt in deutscher Sprache aus Moskau: "Wie wir sehen, herrscht in einer Reihe von westlichen Ländern immer noch eine Eier nach Kriegsvorbereitungen." Andererseits scheint aber alles gar nicht so schlimm zu sein, denn der prominente Kommentator Valentin Sacharow von Radio Moskau hat unlängst erkannt, daß NATO und Bundeswehr "innerlich schwer krank" sind, ja sogar "todkrank", und "militärisch de facto seit ihrer Gründung sinnlos". Und die Doktrin der NATO "steht im krassem Gegensatz zu den Bestimmungen des Moskauer Vertrages", weil ja ein Gewaltverzicht vereinbart worden ist.

Wie soll denn nun die Doktrin des Warschauer Paktes verstanden werden? Sie ist natürlich eine "Verteidigungsdoktrin" und somit mit dem Moskauer Vertrag identisch! Mit einer teilweise zwei- bis dreifachen konventionellen Übermacht "verteidigt" sich der Warschauer Pakt, denn seine Doktrin ist die der "militärischen Überlegenheit des Sozialismus" als "Hauptfaktor der Friedenssicherung" (Erich Honecker). "Diese militärische Überlegenheit" ist ja auch notwendig, um die "Aggressoren auf ihrem eigenen Terri-

torium zu schlagen", wie es das DDR-Militärlexikon ausweist. Im Warschauer Pakt läuft also alles bestens. Die Zweite Wehrspartakiade der vormilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik meldet 200.000 "Kämpfer" in "14 Wehrsportarten": "Einfach hervorragend an Kampfgeist und Disziplin."

NVA-Generalmajor Hendke hat pro Soldat rund 36 PS zur Verfügung und meint: "Wir können alle gestellten Aufgaben erfüllen". Die Sowjetunion schießt ihre Raketen nicht mehr in den Pazifik, sondern knallt den NATO-Norwegern vor die Haustür, in die Barentssee. Selbst vor der Schlußakte der KSZE wird da nicht halt gemacht. Der SED-Generalsekretär Erich Honecker geht an die humanitären und informatorischen Absprachen der KSZE mit der Klassenkampf-Axt und so wird daraus "Spionage, Sabotage und ideologische Diversion". Friedliche Koexistenz ist also in den Augen östlicher Parlamentarier und Politiker nicht - wie wir es verstehen - Auseinandersetzung der Systeme oberhalb der militärischen Gürtellinie, sondern - für einige im Osten - alleiniges Posaunenrecht für Kommunisten.

So schließen sich östliche "Koexistenzler" durch die Brust ins Auge. Denn was sagte doch Leonid Breschnjew in Helsinki? "Es ist kein Geheimnis, daß die Massenmedien friedlichen und vertrauensbildenden Zielen dienen, daß sie aber auch das Gift der Zwietracht zwischen den Ländern und Völkern in der Welt verbreiten können. Wir möchten hoffen, daß die Ergebnisse der Konferenz auch auf diesen Gebieten als Richtschnur für die Zusammenarbeit dienen werden". Man kann mit Leonid Breschnjew nur hoffen, daß einige östliche Staatskommentatoren aufhören, das "Gift der Zwietracht" zu säen.

(-/18.9.1975/sch/e/pr)

+ + +

Politik an der Haustür

Fazit der "Ferien-Beschäftigung" eines Parlamentariers

Von Egon Lutz MdB

Mitglied der bayerischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion

Parlamentsferien sind für viele Bundestagsabgeordnete eine willkommene Gelegenheit, "vor Ort" den Vollzug der beschlossenen Gesetze zu testen und Bürgern auf die Spur zu kommen. Während eine Reihe von Kollegen in Betrieben und Verwaltungen tätig war, andere die Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen intensivierten, besuchte ich im Juli die Bürger meines Wahlkreises Nürnberg-Süd. Ich klingelte an 2.500 Wohnungstüren. Hier ein kurzes Resümee.

Vorarbeit ist wichtig. In ausführlichen Gesprächen mit den Stadtteil-Funktionären der Partei wurden sogenannte "Problem-Bezirke" festgelegt. Häuserblocks beispielsweise, in denen vor ein, zwei Jahren Aussiedler aus Ostblockländern eingezogen waren. Straßenzüge mit erheblicher Umweltbelastung. Hochhäuser im Trabantenstadteil, in denen es Beschwerden über Mietkosten gab. Siedlungen mit Eigenheimen in gewachsenen und neuerachlossenen Gebieten. Und so weiter und so fort.

Beschränkung ist nötig. Hausbesuche sollten nicht die Individualsphäre der Bürger über Gebühr belasten. Wir einigten uns auf eine Besuchszeit zwischen 9.00 und 11.30, zwischen 14.00 und 16.30 Uhr. Kontakte sollten keine agitatorische Note haben. Wir verzichteten auf Werbematerial der Partei und überrichteten den Bürgern Broschüren, die sie auf neue gesetzliche Bestimmungen aufmerksam machten, sorgfältig ausgewählt nach den zu erwartenden Problembereichen.

Kondition und die Bereitschaft zum Zuhören sind erforderlich. Wer bei 30 Grad im Schatten Straßenzellen mit Mietkasernen aus dem ersten Viertel unseres Jahrhunderts "abklappert", dessen Nachachtung vor der Tätigkeit der Postboten, Kaminkehrer und Handelsvertreter usw. steigt beträchtlich. Einen Terminplan der Besuche aufzustellen, ist nahezu unmöglich. An einem

Tag klingelt man an 270 Wohnungstüren, an einem anderen hat man Mühe, 80 "zu schaffen". Der besuchte Bürger, niemand sonst, bestimmt das Tempo.

Stehvermögen ist erwünscht. Die Besuche erfolgten zumeist unangemeldet. In 35 vH der Haushalte war ein Familienmitglied - meist die Hausfrau - anwesend. In 15 vH der Fälle bestanden wir die Prüfung vor dem "Spion" nicht, die Tür blieb verschlossen. (Wir: Das war übrigens immer ein Zwei-Mann-Team. Ein mit den örtlichen Gegebenheiten bestens vertrauter Stadtteilfunktionär begleitete mich). Lediglich zwanzigmal begann und endete der Besuch mit einem glatten Hinawurf. Exemplarischer Fall: Klingeln - die Tür öffnet sich - Vorstellung - Frage: "Was sind Sie? Abgeordneter?" - die Tür wird zugeschlagen und öffnet sich wenig später wieder - Frage: "Von welcher Partei?", Antwort: "Von der SPD" - die Tür wird mit einem hörbaren Knall endgültig geschlossen. Es ist gut für einen Abgeordneten, gegen derartige Widrigkeiten des Lebens seelisch gewappnet zu sein.

Bescheidenheit ist ratsam. Die meisten Begegnungen beschränkten sich auf eine knappe Vorstellung, auf eine Überreichung der Visitenkarte, auf einen Hinweis über die Nützlichkeit der überbrachten Broschüre. Die Besuchten reagierten Überrascht, manche verwirrt, die meisten erfreut. Man versprach in der Regel, bei auftauchenden Schwierigkeiten einen Rat über das Abgeordneten-Büro einzuholen. Tatsächlich erklärten sich die meisten auf Befragen mit ihren gegenwärtigen Lebensumständen zufrieden und versicherten, keine Probleme, die Bundespolitik betreffend, zu haben. Nie machten wir den Versuch, den Bürger von uns aus in ein längeres Gespräch zu verwickeln.

Kontakte sind eine Bereicherung. Einladungen zu intensiveren Gesprächen kamen wir erfreut nach. Es gab Gelegenheit, die Hobbies der Hausherrn zu besichtigen, Probleme des Renten- und Steuerrechts zu erörtern, die Meinung der Regierungskoalition zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten darzustellen, Stadtteilproblemen und Wohnungsorgen nachzugehen, die Ostpolitik und ihre Ergebnisse sichtbar zu machen oder auch nur mit einer älteren Bürgerin eine halbe Stunde zu plaudern. Wann immer dies möglich war, versuchten wir noch am gleichen Abend, eine Klärung der aufgezeigten Schwierigkeiten in die Wege zu leiten.

Nacharbeit ist A und O. Die Besuche zeigten, daß die Bürger dankbar auf unser "Service-Angebot" reagierten. Die Anzahl der Bitten, Anregungen und Anfragen an das Abgeordnetenbüro stieg merklich. Das führt zwar zu erhöhter Arbeitsbelastung, gleichzeitig aber auch zu einer deutlich verbesserten Chance des Kontakts mit den Wählern. Dies nicht zuletzt war der beabsichtigte Effekt.

Nachbemerkung: Von der parteipolitischen Konkurrenz ließ man nach Abschluß der Aktion höhnische Leserbriefe schreiben, um das Bemühen um bessere Bürgerkontakte ins Ziellicht zu tauchen. Das ist eine sehr kurzsichtige Strategie. Genau genommen sollten alle Bundestagparteien daran interessiert sein, die Hürden zwischen Abgeordneten und Bürger abzubauen.

In Nürnberg haben wir einen Versuch gemacht. Er war zeitraubend und arbeitsintensiv. Leider, leider fehlt einem Bundestagsabgeordneten ganz einfach die Zeit, ihn über das Jahr kontinuierlich fortzusetzen.

(~/18.9.1975/ks/pr/ee)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Pröller